

Verknöchert und ideologisch verbohrt

Der Existenzkampf der französischen Kommunisten

Während der letzten Jahre mußten die französischen Kommunisten bei verschiedenen Wahlen hohe Stimmenverluste hinnehmen. Ihr Anteil sank zwischen der Präsidentschaftswahl 1981 und der Europawahl 1984 um ein Drittel auf etwas über 10% der abgegebenen Stimmen. Von diesem Rückgang haben sie sich auch bei den jüngsten *Kantonalwahlen* (mit 12,63%) nicht nennenswert erholt.

Das Ergebnis der *Europawahlen* besaß eine Schockwirkung, die einige bisher einflußreich gewesene Kräfte innerhalb der Partei zur Forderung nach einer größeren Öffnung, nach mehr Demokratie im eigenen System und auch nach einer gewissen ideologischen Modernisierung veranlaßte. Sonst sei sie zu einem unaufhaltbaren Niedergang verurteilt.

Diese Prognose muß mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden. Die Wähler lassen sich von anderen Beweggründen leiten als die Mitglieder. Für sie ist die Unterstützung kommunistischer Kandidaten nur eine politische Willensäußerung ohne jede ideologische Bindung. Wenn es ihnen zweckmäßig erscheint, mit ihrem Stimmzettel den Regierenden eine Warnung zu erteilen, läßt sie die ideologische Auseinandersetzung gleichgültig, ebenso wie die taktischen Erwägungen der Parteiführung. Damit sollen sich die militanten Mitglieder befassen, die im allerbesten Falle 10% der Wählerschaft stellen. Wenn auch nicht mit Unrecht die politische Welt Frankreichs kommunistische Partei als verknöchert und ideologisch hoffnungslos verbohrt betrachtet, besitzt sie immer noch die Möglichkeit, zu einem Sammelbecken von Unzufriedenen und Enttäuschten zu werden, um dadurch zumindest vorübergehend wieder einen gewissen Auftrieb zu erleben. Es wäre daher ein schwerwiegender Irrtum, sie politisch abzuschreiben, indem man in ihrer augenblicklichen Krise eine natürliche Folge ihres Anachronismus sieht. Es bedarf schon einer gründlicheren Analyse.

Soziale Gerechtigkeit und Zukunftsglaube

Angeblich leidet die Partei in erster Linie unter dem *Verlust ihres soziologischen Fundaments*. Es gelang ihr nicht, sich aus dem Zwangskorsett des Marxismus herauszuwinden, um ihre ideologische Entwicklung der Umgestaltung der Gesellschaft der westlichen Industriestaaten anzupassen. Das klassische Proletariat gehört der Vergangenheit an. Eine den Klassenkampf predigende reine Arbeiterpartei hat einen guten Teil ihrer ursprünglichen Berechtigung *endgültig* eingebüßt. Die heute noch von den französischen Kommunisten vorgenommene Aufteilung der Bevölkerung in Reiche und Arme ist zu undifferenziert. Trotzdem dürfte diese Fehlleistung nur die Wirkung einer Randerscheinung besitzen.

Die französischen Sozialisten haben 1981 ihren Wahlkampf in ähnlichem Geiste geführt. Sie verkannten eben-

falls das *ausschlaggebende Gewicht des kleineren und mittleren Bürgertums*, das sich für das sozialistische Gedankengut sehr wenig interessierte und in erster Linie einen Wechsel an der Staatsspitze wünschte. Als Mitterrand und seine Partei dieser Schicht sozialistische Lösungen aufzwingen wollten, stießen sie auf einen ihnen völlig unerwarteten Widerstand. Nach ihrer Rückkehr zur Macht haben sich die französischen Sozialisten in nicht geringem Maße von marxistischen Vorstellungen leiten lassen. Darin durften sie ein gewisses Bindeglied zu den Kommunisten sehen. Selbst nach einem deutlichen Kurswechsel versicherte Mitterrand im Herbst 1984, den Bruch mit dem Kapitalismus eingeleitet zu haben. Die italienischen Kommunisten hätten unter der soziologischen Entwicklung ebenso leiden müssen wie die französischen. Sie haben sich jedoch als eine der beiden maßgebenden Parteien des Landes behauptet.

Schon seit einigen Jahren stellen die *Arbeiter* nicht mehr die Mehrheit der kommunistischen Parteimitglieder. Das Festhalten an der alten Ideologie verhinderte demnach nicht die Erfassung anderer Berufsgruppen. Die jeweils radikalste Oppositionspartei zog stets Nutzen aus dem Mißverhältnis der Franzosen zum Staat. Aus einer tief verwurzelten Proteststimmung gegen die dominierende Zentralgewalt stimmten so während langer Jahrzehnte in verschiedenen Teilen der französischen Provinz wohlhabende Bauern und auch ein Teil des Bürgertums für die Kommunisten. Hierzu kommt die Hinneigung der Handwerker und der Kleinhändler zu einem selten genau definierten Sozialismus. Die Ideale der Großen Revolution 1789, die diesen Schichten den Weg zur Freiheit geebnet hatte, werden von ihnen weiter hochgehalten. Die Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit und die Befriedigung eines nach allgemeiner Überzeugung in Frankreich besonders stark vorhandenen Neidgefühls dank des ständigen Plädoyers für die Gleichheit haben seit der Revolution von 1848 den jeweils auf der politischen Bühne anwesenden Linksparteien – Sozialisten, Radikalsozialisten und Kommunisten – einen erheblichen Teil der Wählerschaft zugeführt. Mit dieser Karte gewann Mitterrand 1981 die Wahl. Sie bleibt in gewissen Grenzen für die Kommunisten verfügbar.

Der nie versiegende Jungbrunnen des Kommunismus ist der Glaube an den in absehbarer Zukunft unvermeidlichen *Zusammenbruch des „kapitalistischen“ Systems*. Als sich die französische Partei 1981 an der Regierung beteiligte, ließ sie ihre Genossen in Moskau und in Rom wissen, daß sie von dem Verrat Mitterrands an der gemeinsamen Sache überzeugt sei, jedoch gelassen auf seinen Fehlschlag warte, um anschließend in Frankreich die Macht zu ergreifen. Ihr Glaube wird ständig von der Sowjetunion bekräftigt. Die Folgen der beiden Erdölschocks waren für die Kommunisten eine kräftige Ermutigung. In der zu-

nehmenden Arbeitslosigkeit im westlichen Europa sehen sie eine weitere Bestätigung. Mitterrand war im Augenblick seiner Wahl von der antikapitalistischen Euphorie seines kommunistischen Partners nicht weit entfernt. Dieses Wunschdenken belastete jedoch in der Wählerschaft nie wesentlich die marxistisch orientierten Parteien.

Unentbehrliche antikapitalistische Ideologie

Viel stärker aber haben die französischen Kommunisten unter dem *Fehlschlag des Sozialismus* zu leiden. Sie bezeichnen zwar unverändert das sowjetische Experiment als global positiv, können jedoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß der Lebensstandard in allen sozialistisch oder kommunistisch regierten Ländern fühlbar unter demjenigen der von ihnen als kapitalistisch betrachteten Staaten liegt. Das von ihnen gebrauchte Alibi der größeren Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit in den sozialistischen Systemen reicht nicht aus, um den nicht nur in Osteuropa, sondern sogar in Kuba beobachteten Rückschritt vergessen zu lassen. Die französische Bevölkerung ist auch hellichtig genug, um die Abkehr Mitterrands von der sozialistischen Wirtschaftsphilosophie richtig zu deuten und sich ernstlich die Frage zu stellen, weshalb es dem

Entwicklung des Mitgliederstands			
1922:	80 000	1945:	550 000
1923:	65 000	1947:	907 785
1924:	57 000	1961:	300 000
1925:	76 000	1969:	380 000
1926:	55 000	1973:	410 000
1928:	25 000	1976:	500 000
1930:	38 000	1977:	632 814
1933:	30 000 ca.	1978:	702 864
1936:	280 000	1980:	730 000
1938:	320 000	1984:	690 000

(Ende 1984 wurde der tatsächliche Mitgliederbestand auf höchstens 600 000 geschätzt.)

kapitalistischen Amerika gelang, ohne staatlichen Dirigismus Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, während die kommunistisch-sozialistische Regierung Frankreichs den steilen Anstieg der Erwerbslosigkeit nicht zu verhindern vermochte. Mit mehr oder weniger fühlbaren Nuancen und Vorbehalten ist bis weit in das sozialistische Lager hinein in Frankreich der *Liberalismus* zu einem vielleicht überschätzten Hoffnungsstrahl oder Rettungsanker geworden.

Der kommunistische Wortschatz steht dieser starken Welle um so machtloser gegenüber, als sie auch kommunistische Länder, wie Ungarn und Jugoslawien, wenigstens teilweise erfaßte und andere davon träumen. Die liberalen Ansätze der Wirtschaftspolitik in offiziell sozialistischen Staaten – neuerdings nicht zuletzt in China – sind für die Kommunisten eine weit bitterere Pille als der triumphierende Kapitalismus Reagans.

Nicht weniger deutlich wird ihre starre Doktrin von den von ihnen als revolutionär gelobten *Regimen Afrikas* des-

avouiert. Sie sind alle mehr oder weniger deutlich bestrebt, sich wirtschaftlich an den Westen anzulehnen und das mit Einschränkungen übernommene sozialistische Modell schrittweise zu opfern, weil es ihnen nicht erlaubte, sich aus der Unterentwicklung herauszuwinden. Alle westeuropäischen kommunistischen Parteien stehen vor demselben Dilemma. Wenn sie dem Liberalismus

Stimmenanteil bei Parlamentswahlen			
1945:	26,2	1967:	22,46
1946:	25,9	1968:	20,03
1951:	26,9	1969:	16,29
1956:	25,9	1973:	21,34
1958:	18,9	1978:	20,55
1962:	21,8	1981:	16,17

auch nur ein auf die Wirtschaft beschränktes Leumundzeugnis ausstellen, würden sie an den Fundamenten ihrer Doktrin rütteln und sich selbst desavouieren. Indem sie jedoch auf ihrer Position beharren, kehren sie der Entwicklung den Rücken und setzen sich der Gefahr aus, von ihren bisherigen Wählern nicht mehr verstanden zu werden. Es muß offen bleiben, ob und in welchem Ausmaße sich die Führungskräfte dieser Zwangslage bewußt geworden sind.

Der große Bruder

Das *Verhältnis zur Sowjetunion* ist schon lange für die französischen Kommunisten eine um so heiklere Angelegenheit, als es ihren Gegnern als beliebte Angriffsfläche dient. Ihre ideologische, um nicht zu sagen, organische Verbindung mit Moskau hat sie während der letzten Jahrzehnte eine nicht unbedeutende Zahl von Anhängern und Mitläufern gekostet. Die Allianz der westlichen Demokratien mit Stalin hatte die Warnungen ehemaliger kommunistischer Intellektueller, wie *André Gide*, etwas später *André Malraux* und schon vorher der aus der Sowjetunion emigrierte *Sowwarine*, vergessen lassen. Mit der gemeinsam erzwungenen deutschen Kapitulation begann eine neue Epoche. Die französische Partei erreichte in den ersten Nachkriegsjahren einen unerhofften Höhepunkt mit über 27% der Wählerstimmen. Der Glaube an die Sowjetunion wurde durch den kommunistischen Putsch von 1948 in Prag und die Berliner Blockade nicht erschüttert. Auch die stalinistischen Prozesse und die ersten Berichte über die russischen Konzentrationslager blieben ohne fühlbare Auswirkungen. Das rücksichtslose Vorgehen des Diktators gegen die angeblichen Verräter fand die Billigung des kommunistischen Lagers, während die Hinweise auf die stalinistischen Verbrechen als antisowjetische Propaganda gebrandmarkt wurden.

Ein erstes bescheidenes Erwachen brachten die *Prozesse gegen die jüdischen Ärzte* kurz vor Stalins Tod. Damit büßten die Kommunisten einen nicht kleinen Teil der zu ihnen aus Dank für ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus und den Antisemitismus gestoßenen jüdischen Wählerschaft ein. Es dauerte aber sehr lange, bis selbst die

Mitläufer die Enthüllungen Chruschtschows über die Verbrechen Stalins zur Kenntnis nahmen. Die Parteiführung wollte zunächst nicht daran glauben. Es blieb ihr aber nichts anderes übrig, als sich der neuen Linie Moskaus anzuschließen. Das gleiche tat sie nach der Invasion Ungarns 1956, ohne Rücksicht auf einige Gegenströmungen in den eigenen Reihen.

1968 brachte das tschechoslowakische Drama die erste ernstere Auseinandersetzung. Die Pariser Parteiführung konnte den Einmarsch der sowjetischen Truppen beim besten Willen nicht billigen, ihre Kritik hielt sich jedoch in engen Grenzen. Es folgte die Verlockung des Eurokommunismus, bekräftigt durch das vorübergehende westöstliche Entspannungsklima. Die Italiener spielten mit dem historischen Kompromiß, die Franzosen mit der Linksunion. Das traditionelle Vertrauensklima mit Moskau trübte sich. Für die französische Partei war es eine schwere Enttäuschung, als sie die Sowjetunion vorübergehend aus nationalen Interessengründen links liegen ließ und vor der Präsidentenwahl 1974 offen ihre Sympathie für den bürgerlichen Kandidaten *Giscard d'Estaing* bekundete. Als Breschnew während eines Besuches in Paris auf das übliche Gespräch mit dem Generalsekretär der kommunistischen Partei verzichtete, durfte man von einer Krise sprechen, ohne daß deswegen die regelmäßigen Kontakte unterbrochen worden wären. Sie ging mit dem Besuch von Marchais in Moskau um die Jahreswende 1980/1981 zu Ende, als er im französischen Fernsehen von der sowjetischen Hauptstadt aus die *Invasion Afghans* rechtfertigte. Seitdem gab es zwar noch gelegentliche Spannungen, aber unter Berücksichtigung der den westeuropäischen Parteien von Moskau eingeräumten taktischen Bewegungsfreiheit durfte man wieder von einer ziemlich wolkenlosen Zusammenarbeit sprechen.

Marchais vor dem 25. Parteitag

Die Einstellung gegenüber der Sowjetunion spielte auf dem diesen Februar abgehaltenen 25. Parteitag eine erstaunlich geringe Rolle. Nur ein einziger der sogenannten Reformer, der bisherige Parteisprecher *Pierre Juquin*, empfahl eine kritischere Distanz gegenüber der Sowjetunion. Die anderen zogen es vor, dieses Kapitel nicht zu erwähnen. Die ihm hierauf erteilte Antwort der Parteiführung war glasklar. Im Parteiorgan *Humanité* stand wörtlich: „Pierre Juquin skizziert ein starres und verzweifelndes Bild von den sozialistischen Ländern, genau in dem Augenblick, wo ihnen gegenüber am wenigsten zur Sympathie geneigte internationale Organismen im Gegenteil bemerkenswerte Fortschritte registrieren. Die Völker, die für ihre Freiheit kämpfen, sich für den Frieden mobilisieren, für die Entwicklung und gegen den Hunger in der Welt, würdigen jedenfalls den Beitrag der sozialistischen Länder zu ihren Kämpfen sowie deren Rolle als Stützpunkt gegen die imperialistische Beherrschung ... Ohne Zweifel handelt es sich um ein Zurückweichen vor der außergewöhnlichen Haß- und Entstellungskampagne der imperialistischen Bourgeoisie gegen die sozialistischen

Länder und darüber hinaus gegen die Ideale des Fortschritts und der menschlichen Befreiung.“

In seinem fünfständigen Bericht vor dem Parteitag ging Marchais über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ostblocks hinweg und ließ mehr als indirekt eine tiefe Sympathie für die sozialistischen Länder durchblicken, indem er versicherte: „Die Krise ist nicht weltweit, es ist die Krise des Kapitalismus!“ Er hielt somit die These aufrecht, wonach es in einem marxistischen System weder Wirtschaftskrise noch Arbeitslosigkeit geben kann. Daher besteht für ihn auch keine Veranlassung, am sowjetischen Modell zu zweifeln.

Die *Probleme der sozialistischen Länder* ergeben sich für ihn aus der Unterentwicklung der von ihnen übernommenen Gesellschaften, aus der Haltung einer feindlichen Umwelt, aus der Last des Rüstungswettlaufs, der ihnen vom Imperialismus aufgezwungen wird, und aus den Notwendigkeiten der internationalen Solidarität. Er verschwieg zwar nicht ganz die Irrtümer und schweren Fehler, legte jedoch das Schwergewicht auf die in einer historisch kurzen Frist erzielten bedeutenden Ergebnisse. Er entdeckte zudem ermutigende demokratische Tendenzen im Osten. Um die noch verbleibenden Probleme zu lösen, brauche man nicht das System zu ändern, sondern

Mitgliedschaft nach Berufen und sozialer Schichtung*

Arbeiter:	270 000
Frauen:	250 000
Angestellte:	145 000
Rentner:	90 000
Intellektuelle:	70 000
Nichtberufstätige:	62 000
Techniker:	23 000
Handwerker und Kaufleute:	20 000
Bauern:	17 000
Studenten und Schüler:	12 000

* Erfasst wurden rund 600 000 Mitgliedskarten.

müsse, im Gegenteil, für die Entfaltung aller seiner Möglichkeiten sorgen. Grundsätzlich hat sich die Sprache der französischen Kommunisten seit ihrem ersten Kongreß nach der Spaltung mit den Sozialisten 1920 nicht geändert.

Der Glaube an Moskau ist wahltaktisch eine wohl auch von der Führung erkannte starke Belastung. Sie steht in völligem Widerspruch zu dem sehr weitgehenden nationalen Konsens für eine kostspielige Verteidigungspolitik, die unverkennbar antisowjetische Akzente besitzt. Die kommunistische Partei war verpflichtet, sich diesem Konsens anzuschließen, obwohl sie seine Beweggründe verwirft. Sie verbirgt sich hinter der spanischen Wand der *nationalen Unabhängigkeit*, der in ihren Augen das Militärpotential einzig und allein zu dienen hat. Das Treueverhältnis zur Sowjetunion ist ein untrennbarer Bestandteil ihres Dogmas. Die sozialistischen Länder haben sich unter Führung der Sowjetunion aus der kapitalistischen Hölle herausgearbeitet und streben dem kommunistischen Paradies zu, selbst wenn sie vorübergehend noch

den Leiden des Fegefeuers ausgesetzt sind. Der Kommunismus ist eng mit der Vorstellung der Weltrevolution verbunden. Es kann zur Not einen nationalen Weg zum Sozialismus geben, wobei der Weg nur als Etappe verstanden wird, aber keinen nationalen Kommunismus, denn der Kampf vermag nicht ohne die Sowjetunion erfolgreich geführt zu werden.

Eine Zwangslage

Ist die Parteiführung mit Blindheit geschlagen? Merkt sie nicht, daß sie mit ihrer Starrheit dem Abgrund zusteuert? Die Objektivität zwingt aber vielleicht in erster Linie zu der Frage, ob ein anderer Weg möglich ist. Die französischen Kommunisten haben sich im politischen Getto, dessen Gefahren sie keineswegs unterschätzten, nie richtig wohl gefühlt. Obwohl sie sich immer wieder als Arbeiterpartei herausstellten, haben sie ständig mit allen Mitteln versucht, ihren Einfluß auf andere soziale Schichten auszuweiten, weil sie wußten, daß sie zur Machtergreifung auf eine breite Grundlage angewiesen sind, zumal die revolutionären Gelegenheiten zu den Ausnahmeerscheinungen gehören. Wäre nach dem Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion bis an den Rhein vorgedrungen, dann hätten wahrscheinlich die französischen Kommunisten nach dem tschechoslowakischen Modell sehr bald die Macht ergriffen. Die jetzige internationale Konstellation zwingt sie zumindest zur teilweisen Berücksichtigung der demokratischen Regeln. Es entging ihnen auch nicht der Nutzen einer, sei es auch nur kurzen, Regierungsbeteiligung. Sie gestattete ihnen, sich zwischen 1945 und 1947 eine recht dauerhafte Unterwanderung des Verwaltungsapparats, selbst derjenigen Ministerien, die ihnen versagt waren, zu sichern.

Ihr zweites Experiment zwischen 1981 und 1984 verlief weniger erfolgreich, nach ihren vertraulichen Angaben, weil sie nicht mehr über genügend politisch zuverlässige Fachkräfte verfügten. 1945 waren sie Frankreichs stärkste Partei mit fast magnetischer Anziehungskraft, 1981 fielen sie auf den vierten Platz ab.

Nach einer ersten Periode des revolutionären Elans gaben sich die französischen Kommunisten große Mühe, ihre Salonfähigkeit und auch ihre tolerante Aufgeschlossenheit zu beweisen. Sie forderten von ihren Mitläufern nie ein Glaubensbekenntnis und begnügten sich mit wohlwollender Unterstützung. Schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Intellektuellen umworben. Damals entstand der Begriff der Mitläufer, der Sympathisanten, die nicht Mitglieder werden mußten und sich daher nicht der Parteidisziplin zu unterwerfen hatten. Diese Aktion wurde nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt und auf einen Teil des Kleinbürgertums ausgedehnt. Damals verband sich die Mitgliedschaft noch mit zahlreichen Pflichten, die regelmäßige Beteiligung an den Sitzungen der Zellen, Straßenverkauf der Zeitungen und Zeitschriften, Plakatkleben usw. Hiervon befreite man die Kleinbürger, wenn sie einen zusätzlichen Beitrag bezahlten. Die Katholiken wurden ebenfalls nicht vergessen. Bereits

der absolut moskauhörige *Maurice Thorez* streckte ihnen zwischen den beiden Weltkriegen wiederholt freundschaftlich die Hand entgegen, lange bevor die Arbeiterpriester aktuell wurden und es jene linkskatholische Bewegung gab, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg dem Marxismus annäherte.

Volksfront und Linksunion gehörten ferner zum ständigen Arsenal der kommunistischen Taktik. Ein erster wichtiger Anlauf wurde im Frühjahr 1934 nach dem Zusammenprall der republikanischen Kräfte mit rechtsextremen Elementen unternommen. Er führte 1936 zu dem Wahlbündnis zwischen Sozialisten, Kommunisten und den Radikalsozialisten, der großen Partei der linken Mitte, und gleichzeitig zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit, die bis 1947 andauerte, als sich die gemäßigten Kräfte der kommunistischen Vorherrschaft entzogen und die Force Ouvrière gründeten. Thorez wünschte die Beteiligung kommunistischer Minister an der Volksfrontregierung Léon Blums, mußte sich jedoch dem sowjetischen Veto beugen.

Solange die Sowjetunion noch an die Möglichkeit der Machtergreifung in Frankreich glaubte, erlaubte sie dem aus Moskau zurückgekommenen Thorez und einigen seiner Genossen, 1945 in die Regierung de Gaulles einzutreten. Als sich der kalte Krieg ankündigte, wurde das Experiment 1947 abgebrochen. Die sozialistisch-kommunistische Opposition gegen de Gaulle war in den sechziger Jahren der Anlaß zu einem neuen Versuch der Gemeinsamkeit. An die Stelle der Volksfront trat die *Linksunion*, deren Konkretisierung allerdings recht mühselig war und sich mit Rückschlägen verband. Das *gemeinsame Programm*, das in seiner zweiten, gemäßigten Version schließlich als Grundlage für das Bündnis in der Präsidentschaftswahl und die Regierungskoalition 1981 diente, war reich an Zweideutigkeiten. Die Kommunisten gingen das Wagnis trotz der wiederholten Warnung Moskaus ein, in der Überzeugung, daß der mögliche Nutzen größer sein würde als der zu befürchtende Schaden. Im Gegensatz zu ihren öffentlichen Erklärungen hatten sie nie damit gerechnet, diese taktisch begründete Zwangsehe bis zum Ende des siebenjährigen Mandats Mitterrands aufrecht erhalten zu können.

Entgegen einer weitverbreiteten Meinung ließen es die Kommunisten nicht an Geschmeidigkeit mangeln. Das Fiasko der Politik der Öffnung war jedoch in den verschiedenen Epochen unvermeidbar, weil die Partei sich *nie auf den Boden der Demokratie* stellen wollte und die gegebene Gesellschaftsordnung kategorisch ablehnte. Jeder Kompromiß in den wesentlichen Punkten wäre einer Selbstverleugnung der Partner gleichgekommen. Die Sozialisten kämpften stets für die Bewahrung und Verbreitung der Demokratie in der Welt, die Kommunisten für den Sieg des sowjetischen Sozialismus, womit sie automatisch den sowjetischen Expansionismus billigten. Unannehmbar ist für sie gleichzeitig die Verwirklichung der internen Demokratie, das heißt die Aufgabe ihres demokratischen Zentralismus, der zwar vorübergehend eine

parteinterne Diskussion zuläßt, jedoch nach einer Mehrheitsentscheidung jede Beanstandung der Parteilinie ausschließt. Eine revolutionäre Partei muß geschlossen sein. Ihr Ziel liegt ein für allemal fest.

Deswegen vermochten die zentrifugalen Kräfte nie ernstlich das Parteigefüge zu erschüttern. Diesmal kamen sie kaum über ein Strohfeuer hinaus, da sie von Anfang an den braven Willen bekundeten, sich auf jeden Fall der Parteidisziplin zu unterwerfen. In einer langfristigen Perspektive hat keine Krise die französischen Kommunisten ernsthaft geschwächt. Vor dem Zweiten Weltkrieg bekämpfte mit heute als reformistisch bezeichneten Ideen der anschließend zum Faschisten gewordene Marcel Déat den orthodoxen Kurs von Thorez. Die Billigung des Hitler-Stalin-Paktes 1939, die Fahnenflucht von Thorez nach Moskau zu Beginn des Krieges und eine keineswegs nationale Haltung bis zum Angriff Hitlers gegen die Sowjetunion 1941 verhinderten nicht den steilen Aufstieg der Partei in der ersten Nachkriegsperiode. Äußerst geschickt spielte sie zwischen 1941 und 1944 mit der nationalen Karte und der Widerstandsbewegung, übrigens sehr eindeutig gegen de Gaulle. Es folgten einige innere Krisen, ausgelöst durch Rivalitäten, Entstalinisierung und ideologische Meinungsverschiedenheiten. Der Parteiapparat reagierte hierauf stets mit der eigenen Straffung und der Verschärfung der Disziplin.

Die Bedeutung der jüngsten Meinungsverschiedenheiten im kommunistischen Lager wurde von den Medien aufgebauscht. Aus unverständlichen Gründen übersah man, daß die Opposition gegen die Führung aus verschiedenen Gruppen bestand. Schon lange wird Marchais von einer orthodoxen Minderheit, die total moskauhörig das Bündnis mit den Sozialisten stets abgelehnt hatte, bekämpft. Eine zweite Gruppe war der nicht unverständlichen Meinung, daß der Generalsekretär nach schweren Wahlniederlagen abgelöst werden mußte. Allein die dritte Gruppe

forderte eine Auflockerung des demokratischen Zentralismus und die Fortsetzung der Politik der Öffnung im Geiste der Linksunion, ohne deswegen das geringste Wohlwollen für die Sozialisten zu bezeugen oder gar die Außen- und Verteidigungspolitik Mitterrands zu billigen.

Liberalisierung wäre Identitätsverlust

Der von Marchais verteidigte Kurs entspricht der Logik. Die ständig mit viel Illusion von den Kommunisten erwartete Liberalisierung käme dem Verlust ihrer Identität gleich. Wie sollten sie sich von den Sozialisten unterscheiden, wenn sie von ihrer revolutionären Ideologie abweichen und in der Sowjetunion kein wegweisendes Symbol mehr sähen? Es entgeht ihnen sicherlich nicht, daß sie mit ihrer doktrinären Hartnäckigkeit zahlreiche Wähler abschrecken und möglicherweise hoffnungslos gegen den Strom schwimmen. Sie haben aber keine andere Wahl, denn als Zwillingbrüder der Sozialisten büßten sie ihre Anziehungskraft noch stärker ein. Parteien sind sterblich. Es liegt im Bereich des Möglichen, um nicht zu sagen des Wahrscheinlichen, daß die kommunistische Bewegung Frankreichs ebenso belanglos wird wie in Großbritannien oder in der Bundesrepublik Deutschland. Man sollte aber nicht ihre Widerstandskraft in einem traditionsverwurzelten Lande mit einer konservativen Grundhaltung fast der gesamten Bevölkerung unterschätzen.

Und: das Schicksal der Kommunisten hängt nicht nur von der innenpolitischen, sondern auch von der weltpolitischen Entwicklung ab. Eine neutralistische Welle im westlichen Europa könnte ihnen einen neuen Frühling bescheren. Weshalb sollten sie auch nicht vorübergehend zur Zuflucht der Enttäuschten des Sozialismus à la française werden? In der französischen Geschichte mangelt es nicht an irrationalen Reaktionen. Die Logik hat in der Politik nicht immer das letzte Wort.

Alfred Frisch

„Wir sind weitergekommen auf einem holprigen Weg“

Ein Gespräch mit Staatssekretär Imre Miklós, dem Leiter des ungarischen Amtes für Kirchenfragen

Gespräche zwischen Christen und Kommunisten gar über kirchliche Fragen bzw. über das Verhältnis Kirche-Staat sind selten und nicht ganz leicht, auch nicht auf der politisch-journalistischen Ebene. Wir haben, nicht zuletzt angeregt durch vielfältige Reaktionen auf unsere Ungarnberichterstattung (vgl. HK, Februar 1985, 88) einen Versuch gemacht, indem wir Imre Miklós, den Leiter des staatlichen Kirchensekretariates in Budapest, um ein Gespräch baten. Gesprächspartner war David Seeber.

HK: Herr Staatssekretär, eine ganz einfache Frage, die Ihnen vielleicht überflüssig vorkommt, aber für einen

Journalisten aus einem westlichen Land eine gewisse Bedeutung hat. Sie bekleiden ein Amt, das es in den Volkdemokratien überall gibt, in westlichen Ländern kaum oder gar nicht. Woher ergibt sich die Notwendigkeit dieses Amtes?

Miklós: Bevor ich auf Ihre eigentliche Frage eingehe, möchte ich auf Ihre Vorfrage antworten. Sie haben zwar recht, wenn Sie sagen, staatliche Institutionen, wie die meine, gebe es in dieser Form nur in volksdemokratischen Ländern. Aber in den sozialistischen Staaten ist kein Staatsoberhaupt zugleich Kirchenoberhaupt wie zum Bei-